

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG

PRESSEMITTEILUNG:

04. Juli 2018

Gemeinsame Stellungnahme zur heute beschlossenen Sperrklausel

Die europäische Demokratie wird derzeit von vielen Seiten angegriffen – dass die Bundesregierung gerade jetzt die demokratische Willensbildung beschneiden will, ist gefährlich und nicht hinnehmbar.

Wir, Demokratie in Bewegung (DiB), Demokratie in Europa - DiEM25 und Volt, sind junge progressive Parteien, die dringend benötigte Impulse für ein neues Europa ins Europäische Parlament bringen möchten. Die Bundesregierung scheint dies nun verhindern zu wollen, indem sie auf eine verfassungswidrige Sperrklausel für die Europawahlen im Mai 2019 hinarbeitet. Dem stellen wir uns entschieden entgegen.

Auf Drängen der Bundesregierung ist heute eine Wahlrechtsreform im Europäischen Parlament beschlossen worden, die Spanien und Deutschland dazu verpflichtet, eine zwei- bis fünfprozentige Sperrklausel für die Wahlen 2024 einzuführen. Unter Verletzung der Leitlinien der Venedig-Kommission, der zufolge es in den zwölf Monaten vor einer Wahl keine grundlegenden Wahlrechtsänderungen mehr geben sollte, betreibt die Bundesregierung dieses Vorhaben allerdings bereits für die Wahlen im Mai 2019. Grundsätzlich ist dies zwar möglich, eine Sperrklausel würde aber dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2014 widersprechen, das damals ihre Verfassungswidrigkeit feststellte.

Durch eine Sperrklausel werden effektiv die Stimmen europäischer BürgerInnen zum Verstummen gebracht und dem europäischen Meinungspluralismus Grenzen gesetzt. Der Argumentation der Bundesregierung gemäß beugt die Sperrklausel der Zersplitterung des Europäischen Parlaments vor. Dies ist in mehrfacher Hinsicht falsch. Erstens haben sich fünf der sieben EU-ParlamentarierInnen kleinerer Parteien 2014 Fraktionen angeschlossen. Zweitens befinden sich allein in der Fraktion der Europäischen Volkspartei über 50 eigenständige Parteien. Zersplitterung wird somit als Argument vorgeschoben und dabei eine Chance vertan, Meinungspluralität demokratisch abzubilden und möglichst allen Stimmen Gewicht zu geben. Bei den letzten EU-Wahlen mit Sperrklausel im Jahr 2009 gingen so knapp drei Millionen Stimmen in Deutschland verloren.

Wir fordern deshalb, dass die Bundesregierung öffentlich von einer Wahlrechtsreform für 2019 Abstand nimmt und es Millionen von Bürgern erlaubt, ihrer Stimme wirklich Gehör zu verschaffen!

Alexander Plitsch, Bundesvorsitzender Demokratie in Bewegung (DiB)
Jasper Finkeldey, Demokratie in Europa - DiEM25
Valerie Sternberg, Vorstandsvorsitzende Volt Deutschland

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Trapp

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG
Presse@bewegung.jetzt

Politik. Anders. Machen.
Es ist Zeit für einen demokratischen Neuanfang
bewegung.jetzt || twitter.com/brauchtBewegung || facebook.com/demokratiebewegen